

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einblendung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 1. Juni 1923.

Nr. 125.

Schlechte Vorsätze.

Einige notwendige Feststellungen über das Verhältnis der sozialistischen Parteien in der Internationale.

Nach allen Proben proletarischer Solidarität, die uns die tschechischen Sozialdemokraten bisher geliefert haben, kann es auch nicht weiter wundernehmen, daß ihre Vorführer sich nun nach dem Hamburger Kongress bemühen, ihren Beitritt zur Internationale für ihre politische und sozialistische Haltung innerhalb des Staates als recht belanglos hinzustellen. Die Zugehörigkeit zur neuen Internationale möchten sie nicht dahin aufgefaßt wissen, daß jede sozialistische Partei im Rahmen der vom Hamburger Kongress aufgestellten Grundsätze eine Summe von Verpflichtungen übernimmt und diese Grundsätze in ihrem ganzen Wirken als richtunggebend anzuerkennen hat, sondern sie suchen bei ihrem Parteienanhang die Vorstellung zu erwecken, daß sich eigentlich nichts geändert habe, daß die Internationale bei der Bestimmung der Richtung der sozialistischen Politik nur in weltpolitischen Fragen als maßgebend in Betracht komme und daß im übrigen jede sozialistische Partei tun und lassen könne, was ihr eben beliebt. Man darf es schon glauben, daß den tschechischen Sozialdemokraten die Unterordnung unter die Hamburger Grundsätze und die Satzungsbestimmungen der Internationale lästig fällt, denn ihre „Staatspolitik“ — die sie bis zur Verleugnung aller sozialistischen und internationalen Grundsätze und zur Gutheißung aller Gewaltmaßnahmen der kapitalistischen Machthaber geführt hat — in den Rahmen der Hamburger Beschlüsse einzufügen, sehen sie wohl selbst als eine Unmöglichkeit ein. Darum bemühen sie sich, durch Sophisterei die neue Internationale als eine Schale ohne Kern, ein Messer ohne Klinge, die Beschlüsse von Hamburg als feierlichen Ausruf für die hohen sozialistischen Feiertage hinzustellen, während an Werktagen das alte Handwerk in der gewohnten Weise weiterbetrieben werden soll. Daß auch die tschechische Sozialdemokratie wie alle anderen sozialistischen Parteien mit der internationalen Bindung Pflichten auf sich genommen hat, zu dieser Vorstellung scheinen ihr alle Voraussetzungen zu fehlen. Bei einer Ueberprüfung ihrer Politik vor dem Forum der Internationale stiele es in der Tat nicht so leicht, ihre Politik und ihr Verhalten zu rechtfertigen, wie ihr dies vor den Parteienanhängern leider möglich ist, denn diese lesen meist die Blätter unserer Partei überhaupt nicht und so kann die tschechische sozialdemokratische Presse, indem sie ihre Leser nicht nur einseitig informiert, sondern auch den deutschen Sozialdemokraten systematisch falsche Beweggründe unterrichtet und des Nationalismus beschuldigt, vor ihren Anhängern leicht recht behalten. Vor der Internationale, wo diese Mittel nicht vorzulegen könnten, wäre die Beweisführung, daß sich die Politik der tschechischen Sozialdemokraten mit den Prinzipien des Sozialismus deckt, schwerer zu bewerkstelligen. Das alles erklärt zur Genüge, warum die Vorführer der tschechischen Sozialdemokraten jetzt so eifrig der Internationale das Recht jedweder Einflusnahme auf die innerpolitische Tätigkeit ihrer Partei abzuspochen suchen.

Ganz auf diesen Ton gestimmt ist ein vom Abg. Dr. Meißner geschriebener Artikel im „Pravo Lidu“, aus dem wir schon gestern einige Stellen zum Abdruck brachten. Die Liebenswürdigkeiten, mit denen der Verfasser die deutschen Sozialdemokraten überhäuft, weil sie so vermessend waren, die Differenzen der sozialdemokratischen Parteien im tschechoslowakischen Staate vor den Hamburger Kongress zu bringen, wollen wir bei der Betrachtung der Meißnerschen Ausführungen übergehen. Denn wenn er erzählt, unsere Partei hätte, wenn sie schon die Nichtaufnahme oder den Ausschluß der tschechischen Sozialdemokraten „nicht erzielen konnte“, wenigstens alles getan, „was in unseren Kräften stand“, um sie zum Abgang aus dem Kongress zu be-

Die Not der deutschen Arbeiter.

Die Mark tiefer als die österreichische Krone. — Weitere Preissteigerung. — Erregung unter der Arbeiterschaft.

Berlin, 31. Mai. (Eigenbericht.) Nach einigen Tagen der Ruhe hat gestern abends eine neue Devisenhausse eingesetzt. Die Spekulation bemächtigte sich wieder der Mark, als die Intervention der Reichsbank ausblieb und heute ist die Mark im Werte bereits unter die österreichische Krone gesunken. Der Dollar stieg heute auf 23,26 das englische Pfund auf 319,000, der Schweizer Frank auf 12,468 und die tschechische Krone von 1800 auf 2079.
Die Preise steigen fast ebenso rasch wie die Devisenkurse, während die Löhne und Gehälter weit hinter den Anforderungen des notwendigen Lebensbedarfes zurückbleiben. Es herrscht unter den Arbeitern, Angestellten und Beamten große Erregung. Die Kommunisten haben, aus dieser Lage Nutzen ziehend, heute eine Betriebsdelegation in den Reichstag geschickt. Auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren unter den Delegierten. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt zu diesem Schritt, daß es nötig sei, mit aller Macht von der Regierung ein Einschreiten zu verlangen und auf schnelle Erhöhung der Löhne zu dringen. Er warnt vor unüberlegten Aktionen und verweist darauf, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion seit Monaten alles tue, um die Lage der arbeitenden Schichten zu bessern.

Berlin, 31. Mai. (Eigenbericht.) Der Präsident der Reichsbank teilte heute mit, daß insgesamt von den Franzosen bis jetzt 127,5 Milliarden Mark geraubt wurden und daß die Lohnzahlungen dadurch äußerst erschwert werden. Es wird sich nicht umgehen lassen, daß man zu Teilzahlungen an die Arbeiter schreitet.

Berlin, 31. Mai. (Eigenbericht.) Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlichte eine Denkschrift, in der die Forderungen der Industriellen begründet werden und gegen die Einwände der Gegner polemisiert wird. Man sucht jetzt das Angebot und seine Bedingungen als harmlos hinzustellen. Es gelangt aber

wegen oder „hinauszufeln“, so genügt, solche Behauptungen tieferzuhängen. Man kann nur darüber staunen, daß, wie ersichtlich, die tschechische sozialdemokratische Partei sich wirklich vorstellen konnte, daß wir nach Hamburg gehen und die Vereinigung mit ihr in einer Internationale vollziehen werden, ohne der Internationale auch nur ein Wort von dem zu sagen, was sie an der Arbeiterschaft und am Sozialismus bisher verübt hat, und von der Internationale zu verlangen, den Inhalt des Streites zu prüfen und die Voraussetzungen für die Herstellung der sozialistischen Internationale auch innerhalb dieses Staates schaffen zu helfen. Was aber an dem Artikel Meißners Anlaß gibt, ihn einer näheren Betrachtung zu unterziehen, ist etwas anderes: das sind die schlechten Vorsätze, die daraus hervorleuchten. Es bedeutet gewiß kein Mißverständnis, wenn man solche schlechte Vorsätze, mit der bisherigen verhängnisvollen Politik nicht zu brechen, aus den Bemühungen Dr. Meißners, der Internationale die Kompetenz als Berufungsinstanz zu bestreiten, heraus hört. Dazu gehört übrigens kein besonders feines Gehör, denn Meißner macht im Grunde kein Hehl daraus.

Dr. Meißner behauptet also, der Punkt 3 der Statuten der Internationale sei „von allen Seiten“ in der Kommission des Hamburger Kongresses so erklärt worden, daß zu den Fragen, in denen den Beschlüssen der Internationale verbindliche Macht zusteht, die Fragen der inneren Politik nicht gehören, daß den einzelnen Parteien volle Freiheit gewahrt bleibe und daß mit den „internationalen Fragen“ nur jene Fragen gemeint sind, welche die gesamte sozialistische Welt betreffen. Der Punkt 3 der Statuten spricht allerdings davon, daß die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale „in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind“,

nicht, den Eindruck zu zerstören, daß das „Opfer“ der Wirtschaft nur ein Geschenk des Reiches an das Kapital wäre.

Das neue deutsche Anbot.

Berlin, 31. Mai. (Eig. B. B.) Im dem neuen Angebot wird vermieden werden, auf die beiden heikelsten Punkte, nämlich die Räumung des Ruhrgebietes und die Einstellung des passiven Widerstandes einzugehen, womit nicht gesagt ist, daß der deutsche Standpunkt aufgegeben wäre. In bezug auf die Höhe der Endsumme wird voraussichtlich keine bestimmte Summe angegeben werden, sondern die Annuitäten in den Vordergrund gestellt werden. Sie werden voraussichtlich etwas höher bemessen, als bisher in der Presse angegeben wurde. Von dem Gedanken einer großen Anleihe ist man abgekommen. Schließlich wird man die Verzichtleistungsfähigkeit durch ein internationales Gremium abschätzen zu lassen, noch schärfer betonen. Der letzte wichtigste Punkt sind schließlich die wirtschaftlichen Garantien, wobei man sich im wesentlichen auf die Denkschrift der Industrie stützen will, allerdings wird man an den in dieser Denkschrift angegebenen Zahlen nicht unbedingt festhalten. Es ist vielmehr geplant, den Betrag der Annuitäten in einem Verhältnis von 2:2:1 aufzuteilen, so daß die gesamte Bürgerschaft durch Industrie, Handel und Landwirtschaft zwei Teile, die Staatsbetriebe gleichfalls zwei Teile und der Rest durch neu einzurichtende Monopole aufgebracht werde.

Arbeitsaufnahme.

Berlin, 31. Mai. (Eigenbericht.) Im eigentlichen rheinisch-westfälischen Gebiet herrscht jetzt ziemlich Ruhe und die Arbeit ist an den meisten Stellen wieder aufgenommen worden. Schwierig ist die Lage noch immer an den Grenzen des besetzten Gebietes, wo Not an Lebensmitteln und Kohlen herrscht. Man denkt in den Fabriken an Kürzung der Arbeitszeit, wenn nicht englische Kohle beschafft werden kann.

doch derselbe Punkt sagt noch ein weiteres: „In jeder Beschlus der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.“ Wenn auch der Punkt 3 sich nur auf internationale Fragen bezieht, so sagt sein Wortlaut und Sinn doch klar, daß die „selbstgewollte Einschränkung der Autonomie“ sich in gewissem Sinne auch auf die innere Politik einer Partei, ihre Stellung zur Regierung ihres Landes bezieht, zumindest soweit es um deren außenpolitische Aspirationen geht. Es kann doch keine Frage sein, daß es für eine sozialistische Partei unmöglich sein muß, eine Regierung zu unterstützen oder gar an ihr teilzunehmen, wenn diese Regierung eine Politik befolgt, deren Bekämpfung die Internationale den sozialistischen Parteien zur Pflicht gemacht hat und die ein Hindernis der Durchführung der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bildet. Wie anders kann die „selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien“ dennedeutet werden, als so, daß jede Partei den obersten Grundsat ihres Handelns in der Befolgung der internationalen Beschlüsse zu erkennen hat, dem sie auch ihre „Autonomie“ aufopfern muß. Was hätte die Internationale für einen Sinn, wenn die ihr angehörenden Parteien auf ihren Kongressen erscheinen, ihre Beschlüsse mitfassen helfen würden, doch kaum, daß ihre Delegierten nachhause kommen, die gefassten Beschlüsse über Bord werfen!

So ungefähr stellt sich allerdings Dr. Meißner die Teilnahme seiner Partei an der Internationale vor und er glaubt, sich hierbei auf deren Statuten berufen zu können. Wie sehr mit Unrecht soll noch in einem weiteren Artikel aufgezeigt werden.

Vorarbeiten für die Gemeindevahlen.

Ueberprüfung der ständigen Wählerlisten.

Im Herbst dieses Jahres werden die Gemeindevahlen stattfinden. Wahlberechtigt sind auch für diese Wahlen nur jene Personen, welche in die ständigen Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden. Für die Gemeindevahlen werden eigene Wählerverzeichnisse nicht angefertigt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Richtigkeit der ständigen Wählerverzeichnisse bei der diesmaligen Auslegung besonders gewissenhaft überprüft und dem Reklamationsverfahren die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die ständigen Wählerverzeichnisse liegen in der Zeit vom 15. bis 22. Juni zur öffentlichen Einsichtnahme auf, während dieser Zeit können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse erhoben werden. Bezüglich der Auslegung der Wählerverzeichnisse sind die Bestimmungen des § 8 des Gesetzes über ständige Wählerverzeichnisse genau zu beachten und ist insbesondere zu überwachen, ob die Wählerverzeichnisse auch tatsächlich in den durch das Gesetz bestimmten Stunden ausgelegt werden.

In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 5000 müssen die Wählerlisten vom 15. bis 22. Juni wenigstens durch drei Stunden täglich zur allgemeinen Einsichtnahme zugänglich sein. In Gemeinden über 5000 Einwohner wenigstens durch acht Stunden täglich und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr Mittag.

In Gemeinden über 20.000 Einwohnern muß während der achtstündigen Frist in jedem Hause ein Verzeichnis der in diesem Hause wohnenden Wähler angehängt werden.

Beschaffung der Wählerverzeichnisse. In Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern ist nach § 9 des Gesetzes vom 19. Dezember 1919, S. d. G. Nr. 663 das Verzeichnis der Wähler über Verlangen eines beliebigen Bürgers zu vervielfältigen und längstens am ersten Tage der Reklamationsfrist (15. Juni) auszuliegen. Der Anspruch auf Auslegung eines solchen vervielfältigten Wählerverzeichnisses muß aber längstens acht Tage vor Auslegung der Wählerverzeichnisse, also am 7. Juni, beim Gemeindevorsteher geltend gemacht werden und muß der Besteller die beizulegenden Kosten erlegen.

Die Arbeit unserer Organisationen. Die nächsten vierzehn Tage müssen in allen Organisationen dazu verwendet werden, das notwendige Material zur Ueberprüfung der amtlichen Wählerverzeichnisse herbeizuführen. Das ist auf die Art möglich, daß in der Lokalsozialorganisation eine Aufnahme aller wahlberechtigten Personen nach Strafen und Häusern geordnet vorgenommen wird. Ferner ist es Pflicht der Lokalsozialorganisationen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevorstellungen darüber zu befragen, ob sie auf die möglichst genaue Anlage der Wählerverzeichnisse Einfluß genommen haben.

Für die genaue Anlage der Wählerverzeichnisse zu sorgen, ist ferner auch eine Pflicht der Mitglieder der Ortswahlkommissionen, die eigentlich die Anlage und Evidenzführung der ständigen Wählerverzeichnisse zu überwachen haben.

Die Ortswahlkommissionen wurden auf die Dauer von drei Jahren ernannt und ist es festzustellen, ob in jeder dieser Kommissionen unsere Partei ihre Vertreter hat. Sollte in einer Ortswahlkommission der sozialdemokratische Vertreter fehlen, also ein Ersatz vorgenommen werden müssen, so ist doch sofort bei der politischen Bezirksverwaltung einzuschreiten.

Die Reklamarbeit ist mit der größten Gewissenhaftigkeit durchzuführen, und sind hiebei die Bestimmungen des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten, n. zw. § 10, genau zu beachten, wobei wir bemerken, daß das Gesetz vom 19. Dezember 1919 durch das Gesetz vom 23. Jänner 1920, Sammlung der Gesetze Nr. 44, teilweise geändert wurde. Beide Gesetze sind in der Folge 17 von Stieplers Ausgabe enthalten.

Nach § 5 des Gesetzes vom 23. Jänner 1920, durch welchen der dritte Absatz des § 10 des Gesetzes vom 19. Dezember 1919 abgeändert wurde, steht allen Personen, welche bereits in die Wählerverzeichnisse eingetragen sind oder welche ihre Eintragung in die Wählerverzeichnisse anstreben, das Recht zu, Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse zu erheben.

Außerdem hat aber auch jeder Bürger, welcher in den Wählerverzeichnissen einer belie-

igen Gemeinde desselben Wahlkreises enthalten ist, das Recht zur Reklamation. Die Reklamationen müssen in der Zeit vom 15. Juni bis längstens 22. Juni beim Gemeindeamt eingebracht werden.

Die Reklamationen sind schriftlich abzufassen und dürfen nur einen Fall betreffen. Es muß also die Reklamation bezüglich jedes einzelnen Wählers auf ein eigenes Formular geschrieben werden und kann, falls eine Reklamation mehrere Fälle aufweist, diese Reklamation aus formalen Gründen abgewiesen werden.

Es empfiehlt sich, daß in jeder Lokalorganisation während der ganzen Reklamationszeit eigene Reklamationsstellen errichtet werden, in welchen von hierzu bestimmten Genossen die Reklamationen ausgefertigt werden.

Reklamationen können erhoben werden, wenn eine Person unrichtig in den Wählerverzeichnissen enthalten ist, oder deshalb, weil eine wahlberechtigte Person in den Verzeichnissen fehlt, das Geburtsdatum unrichtig angeführt ist oder ein Wähler unrichtig bezeichnet ist. Es ist also nicht nur zu reklamieren, wenn ein Wähler im Verzeichnisse überhaupt nicht enthalten ist, sondern auch dann, wenn sein Name unrichtig geschrieben ist, eine falsche Adresse angegeben ist oder wenn das Geburtsdatum nicht stimmt, denn es könnte vorkommen, daß solchen Wählern dann bei der Stimmenabgabe Schwierigkeiten gemacht werden.

Wenn die Streichung eines Wählers gefordert wird, so muß dieser Wähler sofort davon mit dem Bemerkten verständigt werden, daß er gegen dieses Begehren binnen drei Tagen beim Gemeindeamt seine Anwesenheit schriftlich einbringen kann. Daraus müssen unsere Wähler aufmerksam gemacht werden, damit sie, falls von gegnerischer Seite ihre Streichung verlangt wird, rechtzeitig Einspruch erheben und sich bei unseren Auswahlsstellen Rat und Hilfe einholen.

Erfordernisse des Wahlrechts. Zur Durchführung des Reklamationsverfahrens ist die genaue Kenntnis der Erfordernisse des Wahlrechtes notwendig. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik, ohne Unterschied des Geschlechtes, welche am 15. Juni (dem Tage der Aufhebung der Wählerverzeichnisse) das 21. Lebensjahr überschritten haben, in der Gemeinde seit wenigstens drei Monaten vom Tage der Aufhebung der Wählerliste zurückgerechnet, also seit dem 15. März 1923, wohnhaft sind. Vom Wahlrecht sind ausgeschlossen alle Personen, welche durch rechtskräftiges Urteil des Reichs verurteilt wurden, über ihr Vermögen frei zu verfügen, zweitens Personen, welche in Konkurs geraten sind, während der Dauer des Konkursverfahrens, sowie jene, über deren Ansuchen ein Ausgleichsverfahren im Zuge ist, solange dasselbe nicht abgeschlossen ist, drittens Personen, die durch ein rechtskräftiges Urteil eines Strafgerichtes wegen einer solchen Handlung verurteilt wurden, die nach den bestehenden Bestimmungen den Verlust des Gemeindevahlrechtes nach sich zieht, viertens Personen, die sich in einer Zwangsarbeitsanstalt befinden.

Bezüglich der Militärpersonen gilt gegenwärtig noch die Bestimmung, daß selbe in die Wählerverzeichnisse jener Gemeinde einzutragen sind, in der sie am Tage der Aufhebung der Wählerverzeichnisse dienstlich eingeteilt sind.

Die Kontrolle der Wählerlisten und die Reklamationsarbeit sind die wichtigsten Vorarbeiten für das Gelingen der Gemeindevahlen. Alle Agitationsarbeit ist vergeblich, wenn es sich am Wahltag zeigt, daß wahlberechtigte Personen in den Listen fehlen, oder Personen, die

das Wahlrecht nicht besitzen, in den Wählerlisten enthalten sind, wodurch dem Wahlschwindel Tür und Tor geöffnet ist. Der einzelne Wähler wird sich um sein Wahlrecht nicht kümmern; er ist entweder politisch indifferent oder zu bequem, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um sich sein Recht zu sichern. Diese Arbeit muß daher von unseren Organisationen, von unseren Vertrauensmännern, geleistet werden.

Die Gemeindevahlen werden nicht bloße lokale Bedeutung haben, sondern sie werden wichtige politische Entscheidungen herbeiführen, über den Fortbestand der gegenwärtigen Zusammensetzung des Parlaments, der Koalition und der Regierung sein. Innerhalb des deutschen Volkes werden die Gemeindevahlen

4000 Todesopfer des Erdbebens in Persien.

London, 30. Mai. Reuter meldet aus Allahabad: Wie aus Teheran gemeldet wird, hat das gestern gemeldete Erdbeben sechs Dörfer zerstört. Die Zahl der Toten wird auf 4000 geschätzt. Die Erdböße dauern an.

Die von dem katastrophalen Erdbeben heimgesuchte Gegend um Allahabad befindet sich im gebirgigen Rudbar, im südlichen Teile Persiens.

Entspannung zwischen London und Moskau.

London, 30. Mai. (N.R.) Die Antwort der britischen Regierung auf die letzte Note der Sowjetregierung, betreffend das englisch-russische Handelsabkommen bildet den Gegenstand einiger Anfragen im Unterhause. Von amtlichen Stellen wurde neuerdings betont, daß das Handelsabkommen für England vorteilhaft sei, als für England, was sich aus der Statistik des Außenhandels beweisen lasse; das selbe betonte in seiner heutigen Antwort der Unterstaatssekretär des Außenamtes Mac Neill. Auch in den Berichten zahlreicher Handelskammern wird ausdrücklich bemerkt, daß das mit Rußland abgeschlossene Handelsabkommen für den englischen Handel wertlos ist. Mac Neill fügte aber hinzu, daß es nicht in der Absicht der Regierung liege, das Handelsabkommen mit den Sowjets zu kündigen.

Eine Unterhausdebatte.

London, 30. Mai. (Tsch. P.-B.) Premierminister Baldwin erklärte im Unterhause auf eine Anfrage des Parlamentsmitgliedes Turner, es sei ihm bekannt, daß in England eine tiefe Abneigung dagegen herrsche, sich in einen neuen Krieg hineinzulassen zu lassen. Diese Stimmung werde von der Regierung geteilt. Er sei jedoch nicht bereit, Vertreter der Handelskammern, der kooperativen Bewegung und des Gewerkschaftskongresses zusammenzuberufen, um eine vereinigte Aktion zugunsten des Friedens mit allen Nationen zu erreichen. Wennworthy fragte: Ist das so zu verstehen, daß die russische Politik, die von Bonar Law angefangen wurde, von der jetzigen Regierung fortgesetzt werden soll? Bedeutet dies nicht, daß, wenn darauf bestanden wird, wir große Gefahr laufen, in einen neuen Krieg hineingezogen zu werden? Baldwin erwiderte, das gehe aus der Frage nicht hervor.

England fordert eine Untersuchung im Saarland.

London, 31. Mai. (Tsch. P.-B.) Der politische Berichtler des „Manchester Guardian“ schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme,

daß die Machtverteilung zwischen Bürgertum und Proletariat bringen.

Darum müssen wir, um unseren Erfolg vorzubereiten, auch die schwierige Kleinarbeit der Kontrolle der Wählerlisten sofort in Angriff nehmen.

Mit herzlichem Parteigruß für den Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Dr. Ludwig Czoch, Vorsitzender. Karl Czermak, Heinrich Krenmer, Sekretäre. Alle Bruderblätter werden um Nachdruck ersucht.

daß die letzte Saardebatte im Unterhause und das in der letzten Zeit von der englischen Presse für die Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben werde. Die britische Regierung habe bereits ein Memorandum an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte gerichtet, in dem zum Ausdruck komme, die Lage im Saargebiete sei derart, daß eine Art von Untersuchung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder im gegenteiligen Falle die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt werde, behoben werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor dem Völkerbund käme.

Massenausweisungen.

Mainz, 31. Mai. (Wolff.) Aus dem Eisenbahnbezirk Mainz wurden von den Franzosen gestern 208 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen.

Hochst, 31. Mai. (Wolff.) Gestern sind vierzehn leitende Direktoren und Produzenten der Hochsther Farbwirke von den Franzosen ausgewiesen worden. Infolge dieser Ausweisungen sind die Farbwirke in eine sehr schwierigen Lage geraten und die Fortführung des Betriebes ist in Frage gestellt.

Der Streik im Ruhrland.

Dortmund, 31. Mai. (Wolff.) Sieben Zechen sind neu in den Streik getreten. Auf 21 Zechen sind die Belegschaften wieder eingezogen.

Sie wollen ihr Recht, zu wahren, nicht aufgeben.

Bukarest, 29. Mai. (Tsch. P.-B.) Wie die „Dimineața“ meldet, beschlossen die Präsidien aller rumänischer Handelskammern in folge der Absicht der Regierung, im Parlamenten gegen die Spekulation gerichteten Gesetzentwurf in unveränderter Fassung einzubringen, ihre Demission zu überreichen.

Inland.

Karg, der Verwandlungskünstler. Wenn Wandlungsfähigkeit der Ueberzeugung und Gesinnungsfähigkeit der hervorstechendsten Charakteristika der Deutschgelben sind, so könnte man den Hauptschriftleiter Karg vom „Tag“ am besten als den „Meister der Verwandlung“ bezeichnen. Denn was die „beste Publizität“ der Nationalsozialisten — der „Bohemia“, Wesselschlag, verliehen — sich in diesen Wochen geleistet hat, geht weit über das Maß dessen hinaus, was man sonst von deutschgelben Schriftleitern gewöhnt ist. Am 10. Mai setzte sich Karg mit dem Pogromisten Karg in einem Aufsatze, den wir damals entsprechend „würdigem“, ganz plötzlich für den Abbau des Antisemitismus ein. Zur Aufrechterhaltung schwacher Gedächtnisse genügt es, eine einzige Stelle aus dem damaligen Aufsatz Kargs zur Judenfrage wiederzugeben. Er schrieb:

„In Wahrheit stehen die Dinge so: die deutsch-tschechische Auseinandersetzung beherrscht das politische Kampffeld derart, daß uns die Tschechen als Hauptfeinde gegenüberstehen. Der tschechische Druck veranlaßt die Annäherung der sonst durch die Judenfrage streng geschiedenen Parteien. Wenn dem aber so ist, so ist es von uns mehr als unklar, durch eine rücksichtslos antisemitische Propaganda die Juden, die sich zur deutschen Sprache bekennen, den Tschechen in die Arme zu treiben.“

Mit den Juden gegen die Tschechen — so entzündete damals Herr Karg. Am 23. Mai beschwerte sich Herr Karg in einem zweiten Leitartikel des „Tag“ über den „äußerst unerschrockenen Widerhall“, den sein Judenartikel in der Presse gefunden hatte. Einzig und allein die „Bohemia“ hatte es ihm recht gemacht, denn Chefredakteur Wesselschlag gab seinem Kollegen vom „Tag“ nicht nur einen Einser für seine Hausarbeit, sondern freute sich auch darüber, daß bei den Gelben „auch eine andere Einstellung“, als die semitische möglich wäre. Alle anderen aber hielten Karg gegenüber das Halbkreuz hoch und auch im „Tag“ selber häuften sich die Stimmen derer, die da mit Krebs rufen: „Erst nieder mit den Juden, dann mit den Tschechen!“ und der anderen, der Unentwegten, die da brüllen: „Nieder sofort und zugleich mit Juden und Tschechen!“ Daraufhin befaß sich Karg eines besseren und erklärte sich in einem Leitartikel des „Tag“ vom 31. Mai für einen konzentrierten Antisemitismus. Die gelben und die andersgefärbten Freunde Kargs brachten seiner Judenfreundlichkeit zu Wahlswecken wenig Verständnis entgegen und so stellte Herr Karg einfach um. Nun erblickt er die „Lösung der Judenfrage in der Tschechoslowakei“ darin,

„daß wir den Antisemitismus aus der luftigen Höhe der Veramannungen und der düstigen Schwüle der Bierbänke herausschöpfen müssen, um ihn auf gesetzmäßige Grundlagen zu stellen. Denn mit der Aufklärung in Rassenfragen allein ist es da nicht getan. Solange die Judenfrage nicht in einer antisemitischen Gesetzgebung greifbare Formen annimmt, ist sie realpolitisch und lebenslanglich zur Erfolglosigkeit verurteilt.“

Am 10. Mai also plädierte der „beste Publizist“ für den Abbau des Antisemitismus, genau drei Wochen später wirbt er für den Staatsantisemitismus, für die Entrechtung aller Juden durch alle, für die gesetzmäßige Unterdrückung aller Juden, die er

Die deutsche Not im Licht einer Haushaltsrechnung.

Von Henriette Fürth (Frankfurt a. M.).

Im Ausland sind vielfach ganz unzutreffende Vorstellungen über die Lage und Lebenshaltung der breiten Massen Deutschlands verbreitet. Diese Vorstellungen ziehen ihre Nahrung aus der Tatsache, daß in den Schaufenstern der Großstädte alle Genüsse der Welt verführerisch ausgedreht sind und von den Reichen, den jugendlichen Gehalts- und Lohnempfängern und den valutarstarren Ausländern auch erstanden werden. Ferner aus dem Umstand, daß Abend für Abend sich ein lautes Leben in den teuren Vergnügungs- und Gaststätten entfaltet.

Wir verfolgen uns ein Eingehen auf die physiologischen Gründe dieser Erscheinungen, die dem Soziologen als die Begleit- und Folgezustände freizeithafter Niedergangs- und Verfallszeiten geläufig sind.

Wir verfolgen es uns auch, unsere Leser in die Tiefe der dunklen Gassen, hinter die Mauern verschwiegener Wohnungen blicken zu lassen, in denen Hunger und Elend sich schon verbergen und den heldenhaften und doch so ansichtslosen Kampf gegen ein tödliches Geschick führen, das nicht die Gewalt der Umstände, sondern nur die Anrücksichtslosigkeit böswilliger Gegner ihnen auferlegt.

Wir lassen uns daran genügen, an der Hand von seit 27 Jahren geführten Haushaltsbüchern ein Zustandsbild deutscher Haushaltsführung zu geben, das vor romantischen Darlegungen ähnlicher Art den Vorzug hat, daß es nicht ein Zollen, sondern ein Istbild wirklichen Lebens gibt. Weiter gibt der von uns zu erläuternde Fall auch insofern ein gutes Bild der wirklichen und für drei-

teste Massen maßgebenden Zustände, als es sich weder um einen Fall von Elend oder von Ueberfluß, sondern um einen verhältnismäßig günstig liegenden mittelbürgerlichen Haushalt handelt.

Die Daten, auf denen unsere Darlegungen aufgebaut sind, finden sich in dem Buch: Fürth: „Der Haushalt vor und nach dem Krieg“. Verlag Gustav Fischer, Jena. Sie sind bis zur Stunde fortgeführt in der „Wirtschaftskurve“ des Buchverlags der Frankfurter Zeitung.

Der Haushalt bestand vor dem Krieg aus 7 Personen. Bei guter Ernährung, angemessener Kleidung, Behausung und Körperpflege, war es möglich, diese 7 Personen aus alleiniger Kraft der Ehegatten mit 11.700 M. zu erhalten. Uebermäßiger Aufwand konnte freilich zu keiner Zeit getrieben werden. So wurden für Kulturzwecke (Theater, Konzerte etc.) im Jahre 1913—14 nur 70.95, für Bücher und Zeitungen M 48.95, für Ausflüge, Spaziergänge etc. M 97.30 aufgewandt, Reisen (eine Reise von 2 Personen in ein Seilbad ist darin enthalten) stehen mit M 727.30 zu Buch.

Der Tages- und Kopfsverbrauch für Schwaben (vergl. für das folgende Tabellen 1 und 2) beträgt im Jahre 1913—14 M 1.20. Im Jahre 1920 M 12.72. Im Jahre 1921 M 14.45. Im Durchschnitt des Jahres 1922 steigt er auf M 127.02. Infolge der bekannten politischen Vorgänge hat die Preisentwicklung im Laufe des Jahres 1922 und insbesondere während der jüngsten Monate derartig katastrophale Formen angenommen, daß eine Betrachtung lächerhaft wäre, die es veräumte, auf die bezügliche Entwicklung etwas näher einzugehen. Da finden wir denn eine Ausgabe für Nahrungsmittel, die sich im Oktober 1922 pro Tag und Kopf auf M 22.02 im November auf M 317.30 und im Dezember auf M 502.00 beläuft.

Die „häuslichen Bedürfnisse“, in denen ent-

halten sind: Heizung, Beleuchtung, Ausgaben für das Waschen der Wäsche, Löhne etc., beanspruchen im Jahr 1913—14 M 1166.04 oder pro Tag und Kopf M 0.45. Im Jahr 1920 werden dafür pro Tag und Kopf M 3.71, in 1921 M 34.45 aufgewandt. Eine Sonderbetrachtung des letzten Quartals 1922 ergibt für Oktober M 29.42, für November M 121.01 und für Dezember M 111.— pro Kopf und Tag.

Besondere Aufmerksamkeit beansprucht die Ausgabenentwicklung der 3. Ausgaben-Abteilung, die unter „Sonstige Ausgaben“ Miete, Steuern, Kleidung, Schuhe, Neuanschaffungen, Arzt, Apotheke, Reisen, Kultur Ausgaben etc. enthält. Im Jahre 1913—14 sehen wir sie mit einer Ausgabe, die sich pro Tag und Kopf auf M 2.92 beläuft, 63 Prozent der Gesamtausgaben beanspruchend. Im Jahre 1920, mit M 8.11 pro Kopf und Tag, nur noch 37 Prozent. In 1921 bei einer täglichen Kopfausgabe von M 12.18 — 40 Prozent und 1922 bei M 99.46 wiederum 37.5 Prozent.

Die aus dieser Ausgabenumstellung zu ziehenden Schlüsse sind zwingender Art. Die Befriedigung der Lebensnot drängt alles andere zurück. Die Nahrungsmittelausgabe verlangt nicht wie in der Vorkriegszeit 27 sondern 50 Proz. aller Ausgaben. Ihnen folgen die Brennstoffmaterialien, Lichtausgaben etc., enthaltenden „häuslichen Bedürfnisse“, die sich in Relation zum Friedensverbrauch auf das 77fache erhöht haben und in allerjüngsten Zeit solchen Steigerungen ausgesetzt waren, daß eine weitere Verdoppelung oder Verdreifachung der bezüglichen Ausgaben eingetreten ist. Vor diesem Dringenden mußten alle anderen Bedürfnisse so weit zurücktreten, daß trotz großer absoluter Erhöhung der bezügliche Prozentfuß von 63 auf 37 zurückging. Was das im einzelnen bedeutet wird ersichtlich, wenn wir nach Tabelle V feststellen, daß Theater und Konzerte nur noch mit 0.3 Proz. an der Ge-

samtausgabe beteiligt sind, Reisen mit 2.3 Proz. statt 6.5, Ausflüge mit 0.2 statt 0.9.

Was konnte nun mit dem von 27 auf 50 Proz. der Gesamtausgaben gesteigerten Verbrauch für Nahrungsmittel ernährungstechnisch erreicht werden? Wir kommen, indem wir das festgestellten suchen, zu dem erschütterndsten Teile unseres Bildes. Tabelle IV zeigt uns, daß man im Jahre 1913/14 175 Gramm Schwarzbrot, 115 Gramm Weißbrot pro Kopf und Tag verbrauchte und dafür 5 bzw. 8 Pfennige verausgabte. Im I. Quartal 1922 finden wir einen auf 201 Gramm gesteigerten Verbrauch von Schwarzbrot und dafür eine Ausgabe von Mark 1.32. Dezember 1922 Mark 39.40 für 246 Gramm. Der Verbrauch von Weißbrot war im I. Quartal 1922 auf 46 Gramm zurückgegangen, für die 60 Pfennige also das 8/10fache des Friedenspreises bei 40 Proz. des Friedensverbrauches bezahlt wurden. Für Weißbrot finden wir im November 1922 bei einer Ausgabe von Mark 3.12 einen Verbrauch von 12 Gramm, gleich 10 Proz. des Friedens- und 26 Proz. des Verbrauches im I. Quartal 1922.

Für Meißel wurden 1913/14 pro Tag und Kopf 23 Pfg. für 130 Gramm ausgegeben. Im I. Quartal 1922 stellt sich der Verbrauch auf 114 Gramm, die Ausgabe auf Mark 3.88. November 1922 finden wir bei einem Verbrauch von 58 Gramm (45 Proz. des Friedensverbrauches) eine Ausgabe von Mark 32.60 und im Ganzen des VI. Quartals 1922 bei einer Ausgabe von Mark 47.12 einen Verbrauch von 72 Gramm (55 Proz. des Friedens-).

Den Verbrauch von Eiern sehen wir auf 1/2, den von Milch auf 1/3, des Friedensverbrauches sinken, während minderwertige Nahrungsmittel wie Margarine etc. auf ein Mehrfaches des Friedensverbrauches und auf ein Vielfaches im Ausgabenkonto steigen.

ein Volk nennt. Nach Karg vom 31. Mai ist die Lösung der Judenfrage im Sinne der Antisemiten ein Teil vom Selbstbestimmungsrechte der Völker... Ein solches Chamäleon ist uns noch nicht untergekommen.

Das „Pravo Vudu“ droht. Die tschechische sozialdemokratische Presse, die schon vor Hamburg sich beträchtlicher Gefäßigkeit gegenüber unserer Partei befleißigte, flieht nun nach Hamburg von Angriffen gegen unsere Partei über. Das gestrige „Pravo Vudu“, das sich sonst durch Monotonie auszeichnet, schlägt in diesen Angriffen geradezu einen Rekord. Wir wollen auf diese Aufregungen nicht weiter eingehen, und nur eine Stelle festhalten, welche lautet:

„Der Kampf zwischen den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik wurde nicht nur nicht gelöst — wer hätte das auch endlich erwartet? — sondern im Gegenteil, der Kampf wurde noch mehr verschärft, so verschärft, daß es weiterhin unseren Genossen mit Rücksicht auf die Art, wie sich die Führung der deutschen Partei gegenüber uns vor dem Kongreß und auf dem Kongreß verhielt, schwer fällt, auch die bisher aufrecht erhaltenen persönlichen Beziehungen zu den führenden Faktoren der deutschen Partei aufrecht zu erhalten...“

Diese Stelle sucht den Eindruck zu erwecken, als ob es die deutschen Sozialdemokraten wären, welche an der Verschärfung der Beziehungen zu der tschechischen Partei die Schuld tragen. Das ist ebenso un wahr, wie die übrigen Behauptungen des „Pravo Vudu“, mit welchen dieses Blatt jetzt seine Leser traktiert. Die Drohung mit dem Abbruch der persönlichen Beziehungen zu den Vertrauensmännern unserer Partei ist ein Beweis, wie sehr bei den tschechischen Sozialdemokraten die Gefühle des blinden Zorns alle Erwägungen der Vernunft überwinden. Wir wissen nicht, ob die Drohung des „Pravo Vudu“ mit Zustimmung der führenden Personen der tschechischen Partei erfolgt ist, und wollen noch erst abwarten, ob bei diesen tatsächlich die Geneigtheit besteht, ihre Isolierung auch in persönlicher Beziehung zu vervollständigen.

Die tschechischen Minderheiten. Wie so manches politische Problem gewinnt auch das der tschechischen Minderheiten im tschechoslowakischen Staat ein anderes Gesicht als im alten Oesterreich. Das stellt in der von Professor Redsky herausgegebenen Zeitschrift „Bar“ Wilhelm Dolezel fest. Er schreibt: „Das Problem der tschechischen Minderheiten, das der Nationalismus sehr wirksam nach dem Umsturz für seine reaktionäre Politik ausgenutzt hat, war bis zum Umsturz ein sozial-kulturelles Problem. Nicht, daß der Umsturz unseren Minderheiten das Recht der Abwehr gegen fremde Elemente genommen hätte, aber nach dem Umsturz verließen unsere Minderheiten ihr soziales und Kulturprogramm und wenden die bloße Methode chauvinistischen Kampfes an. Es ist jedoch sicher, daß die Gefahr für uns immer dann beginnt, wenn sich die Nationalität nur in der Sprache und nicht in den Ideen erschöpft.“ (Derben.) Der Verfasser schildert dann, wie nach dem Umsturz viele Leute in deutschen Städten ihr tschechisches Herz entdeckt haben und daß gerade die ganzen, die früher von der tschechischen Nation nichts wissen wollten, heute in den Minderheiten den Ton angeben. „Sie sind es, welche den Minderheiten vielfach den Charakter von Kampforganisationen für die Tschechisierung des deutschen Gebietes, also von kolonialistischen Organisationen aufgeprägt haben.“ Bemerkenswert ist auch, was der Verfasser über die Rolle der Arbeiter in den Minderheiten sagt. „Die Arbeiter, welche im Minderheitenkampf als ein unverlässliches Element hingestellt wurden, haben

So sieht die Ernährung in einem Haushalt aus, dem es immerhin noch gut und jedenfalls tausendmal besser geht als Millionen anderer Haushalte. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß bei einer mittleren Erhöhung der Etwarenausgabe auf das 7fache des Friedensstandes eine Senkung der Leistung bei den lebenswichtigsten Nahrungsmitteln auf 56 Prozent des Friedensverbrauches stattgefunden hat.

Man bemerke nun dreierlei; an Hand unserer Tafeln ist wohl Aufschluß über Preis und Menge, nicht aber über Qualität der verbrauchten Nahrungsmittel zu erlangen. Die Qualität hat sich aber infolge des Fehlens hochwertiger Futtermittel und Düngemittel lebendig verschlechtert, so daß mit den verbrauchten Mengen wohl Sättigung nicht aber sachgemäße Ernährung, Erhaltung und Aufbau der Körperkräfte erzielt werden kann.

Weiter — und das geht mit überzeugender Klarheit aus den Anfangsreihen (1913/14) der vorliegenden Verbrauchsrechnung hervor — handelt es sich hier um einen mit besonderer Ueberlegung, Sorgfältigkeit und Wirtschaftlichkeit geführten Haushalt, bei dem ohne weiteres unterstellt werden darf, daß er auch heute preiswerte Bezugsquellen auffinden, etwas Vorratswirtschaft treiben und die vorhandenen Nahrungsmittel zweckmäßig erschließen und ausnutzen wird.

Endlich zeigen die Ausgabenreihen des letzten Quartals und insbesondere des letzten Monats vom Jahre 1922, daß wir hier einen guthabenden Haushalt vor uns haben, der im Dezember 1922 pro Tag und Kopf Mark 995.— aufwenden mußte, aber auch aufwenden konnte.

Zeit dieser Zeit hat sich eine weitere sprunghafte Entwertung der Mark vollzogen. Sie ist auf etwa 30 bis 40 Proz ihres damals schon erschreckend niedrigen Standes gesunken. Da aber die Warenpreise dieser Senkung rasch gefolgt sind und weiter folgen, ist für den laufenden Monat zu

in den Augen der Repräsentanten der Minderheiten sehr an Wert verloren, weil sie sich in ihrer Mehrheit an die linken sozialistischen Richtungen (insbesondere in Nordmähren) gehalten haben, so daß sie außerhalb des Rahmens der Minderheiten gestellt wurden, in denen die Intelligenz — und politisch die Nationaldemokraten die Führung übernommen haben. Der Arbeiter ist ein Vertreter schon deswegen, weil er Kommunist ist, insbesondere dann, wenn er mit den Deutschen gemeinsam wegen der Arbeitslosigkeit demonstriert, von der er genau so bedrückt ist wie sie. Damit sind die Minderheiten gänzlich reaktionär geworden.“

Die nationalsozialistischen Vertrauensmänner von Groß-Prag über Hamburg. Die tschechischen Nationalsozialisten beriefen auf vorgestern eine Versammlung ein, um sich ihre „Taktik“, die sie sozusagen im Vorzimmer des Hamburger Kongresses entwickelten, billigen zu lassen. Da die Berufshypothese aus der Partei draußen ist, stand dieser Billigung natürlich nichts im Wege. Der Clou des Abends war die Rede des Abg. Slavicek. Dieser sagte, daß seine Partei als staatsverfeindliche verpflichtet war, nach Hamburg zu gehen, um die Friedensverträge zu verteidigen. Slavicek meinte ferner, daß er in seiner Hoffnung, die Sozialisten der anderen Nationen wären schon zu Versande gekommen, getäuscht worden ist. Er bedauerte, daß der Kongreß in Hamburg die Fragen des Weltsozialismus in Gemeinschaft mit denen, die nicht auf den Marxismus schwören, nicht lösen wollte. Sodann zog er gegen Dr. Urbensky los, der, seitdem er den tschechischen Nationalsozialisten den Rücken gewendet hat, dort der bestgehörte Mann geworden ist. Schließlich wiederholte er die von der tschechisch-nationalsozialistischen Presse erzählten Märchen von der angeblichen Germanophilie des Hamburger Kongresses. Seine Rede stellte also eine nochmalige Rechtfertigung der Ablehnung der nationalsozialistischen Partei durch die Internationale dar. Nach diesem sprach Abg. Spatin, der sich gerne als Sozialist ausgibt. Wie dessen „Jungsozialismus“ beschaffen ist, davon zeugt seine Behauptung, daß die neue Internationale die letzte Position der Germanen darstelle. Aber auch diese werde einmal fallen und auf ihren Trümmern wird die echte Internationale wachsen. Wahrscheinlich meint Herr Spatin die Internationale der Gelben aller Nationen mit Kloss als Häuptling. Vielleicht werden auch unter dessen Regide die neuen Gedanken, die Spatin in Hamburg vermittelte, erwachsen.

Die Laube-Affäre. Der aus Hamburg zurückgekehrte Abg. Laube erklärt, daß er auf die Artikel des „Socialista“ nicht antworten werde und daß er die Feststellung seiner Schuld den Gerichten, die sich mit seiner gegen den gewesenen Redakteur des „Cesta Slovo“ Kozal überreichten Ehrenbeleidigungsklage befassen werden, überläßt.

Serrati freigesprochen.

Rom, 31. Mai. Serrati und Genossen wurden von der Anklage der Verbreitung des Moskauer Manifestes gegen den Faschismus freigesprochen.

Vertrauen zu Mussolini.

Mailand, 31. Mai. (Tsch. P. B.) Gestern abends wurde in der Kammer der Regierung mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgedrückt, indem sie das provisorische Budget angenommen hat.

nächst eine Verdoppelung der Heizungsausgaben etc. und ein notgedrungenen Verzicht auf die Befriedigung anderer Lebensbedürfnisse zu erwarten.

Vielleicht mögen sich Fälle wie der vorliegende durch eine weitere Umstellung der Lebenshaltung mit dieser Sachlage abfinden können.

Was aber geschieht mit den Millionen und aber Millionen, deren Einkommen weit — weit hinter den hier benötigten — für des Lebens Notdurft benötigten Summen zurückbleibt?

Was mit ihnen geschieht? Das graue Gespenst eines langsamen Hungersterbens steigt vor unseren Augen empor und die Ziffern der Tuberkulosemorbidity und Mortalität, wie die wachsende Zahl der Todesfälle am Storbuch, geben eine grausame Antwort.

In einer Aussprache, die kürzlich in Berlin vor Männern der Wissenschaft, Behörden und Parlamentariern über die gesundheitliche Not des deutschen Volkes stattfand, schloß einer der Redner, Herr Geh. Rat Prof. Dr. His, seine Ausführungen mit folgenden erschütternden Worten: „Wir haben den Hunger! Noch sind keine Folgen in der Statistik nicht zu erkennen, der Hunger ist ein bedächtiger Mörder, er tötet nicht mit einem Schloße, sondern mit langsamem Gift und wo er nicht töten kann, wirft er in langes Siechtum und lähmt die Kräfte für Gegenwart und Zukunft.“

Wer und was geht hier zugrunde? Ein fleißiges und tüchtiges Volk, das in seinen breiten Massen der Welt stets ein guter und hilfsbereiter Kamerad war. Ein Volk, das der Welt Unendliches an Kulturgütern gegeben hat und noch zu geben hätte.

Und warum geht es zugrunde? Diese Frage wendet sich an die Fühlenden, Denkenden und Schaffenden aller Völker und sie wird gestellt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur.

Die ferne Musik.

Von Hans Gathmann.

Das enge Hinterhauszimmer wird dunkel. Man schlägt das Buch zu und schaut aus den schmalen Scheiben. Im Hofe spielen ein paar Kinder... wie immer. Drüben, auf den hinteren Ballonen des Vorderhauses hängen Windeln, Wäsche, an einem Fenster steht eine blühende Azalee. Ein Mädchenkopf taucht auf und schwindet im Schatten des Zimmers.

Da kommt von irgendwo Musik. Ein Harmonium drüben im Vorderhaus oder oben im vierten Stock spielt ernst und feierlich. Ein Mensch hält Andacht. Durch die Stille fassen die Klänge wie Hände nach dem unruhig-unbefriedigten Herzen... Man lauscht mit dem Herzen... Das ist Feier und Weihe: mit dem Herzen lauschen auf ferne, ferne Klänge...

Die steile, fensterdurchbrochene, graue Fassade des Vorderhauses, die alles Licht absperrt, schwindet... Die Azalee wird ein Baum, der über Dächer und Höfe Blüten regnet...

Das Herz horcht, Musik... Musik... Schattenwege fangen die letzten Lichtschimmerlinge. Aber: eine weiße Wiege dehnt sich zwischen Dorf und Dorf. Berge sind da mit sturmgepeitschten Wäldern. Aus friedvoller Dürre steigt Rauch. Ein Mädchen singt einen Traum... Erde, meine Erde! jubelt ferne Musik...

Das lauschende Menschenherz ist aller Ferne verwardt... Man sieht sich selber wandern: ein Landmann hinter dem Pflug. Müde hapfen die Pferde. Oder wie ein Bursch, der von Ort zu Ort zieht und wo ein freundlicher Blick grüßt und ein Platz an einem Tisch frei ist. Heimlich füllt Arbeiter in der ruhlosen Fabrik. Bergmann im dampfen Schicht... Immer aber tönt die Musik von ferne ans Herz. Ueberall ruft sie und lockt. Jedes Menschen Herz hört sie einmal... und wird still und weise von vielen Träumen und vieler Sehnsucht.

Durch Tage und Nächte klingt die ferne Musik. Aus dem Vorderhaus oder aus dem vierten Stock? Oder aus der unbelaunten Ferne, aus der weiten Wunderwelt... aus der eigenen Seele?

Dann muß man ihr andächtig lauschen. Dann ist sie wie ein Teil von uns, ein Verwantes, Schwägerliches, das uns verknüpft und verbündet mit Nähe und Ferne, Sonne, Feld, Wald, Himmel und mit der Kraft in uns, die, so arm wir sein mögen und so einsam, uns verbinden will mit allen Wundern des Traums, der Erde heißt und Leben... geliebtes... gesegnetes Leben!

Tages-Neuigkeiten.

Arbeit und Frieden.

Unsere Zeit ist zu Träumen und weicher Schweren bereit. Alle Stunden sind von Klage und dunklem Jammer erfüllt. An tausend Tagen werden tausend neue Götter enthüllt.

Aber: Nur die Hämmer der Arbeit schmieden die neue Zeit.

Nur wenn aus der Arbeit den Völkern der Frieden blüht, ist das hoffende Wort vom Glück kein leerer Schall. Nur wenn aus dem Frieden über das ganze Erdenall endlich die Sonne der brüderlich-gütigen Liebe glüht,

reißt sich der Mensch aus der Nacht seiner Anrechnung frei.

Halte die Hände fest um Hammer und Pflug! Es sei des Hoffens und Sehens und Härmens genug!

Zwingt den Tag der Befreiung herbei!

Es wanken die Mauern dieses und jenes Staats. Das Weltgebäude kracht noch in blutigem Feuerchein.

Aber das neue Menschenreich bauen allein die schaffenden Hände des Proletariats!

Hans Gathmann.

Die Patenkreuzler von Winterberg veranstalteten in der vorigen Woche wieder eine fieberhafte Tätigkeit für eine Versammlung, in welcher der berühmte „Arbeiter-Vertreter“ und „Führer“ Krebs seine Methoden entwickeln sollte. Diesmal waren, so wird uns geschrieben, die Plakate etwas kleiner als sonst und es wurde auch die Bevölkerung nicht aufgefordert, „in Massen“ zu erscheinen, sondern nach der üblichen Erfahrung vom vorigen Monat, wo die tapferen Jünglinge unter dem Schutze der Bajonette mit ihrem Paktel an der Spitze die Plätze, die zum Schauplatz ihres Triumphes hätte werden sollen, fluchtartig verlassen mußten, war in der Einladung bald von einer Vereinsversammlung in Form einer öffentlichen Versammlung die Rede. Den Grund dieser Verschleierung werden die Herren wohl selbst am besten kennen. Da sie aber wieder befürchteten, daß, wie früher die wirklich klassenbewußte Arbeiterschaft kommen werde, um sich den Schwefel ihres Abgefandten anzuhören, hatten sie sich von auswärtiger Hilfe verschrieben. Und so langte denn gegen Abend eine etwa 40 Mann starke „Rampstuppe“ auf Reitertagen aus Cle-

norenbain und Umgebung in Winterberg an, stürzte sich im Hotel „Bassau“ und rückte dann gegen unsichtbare Feinde in geschlossener Kolonne vor, an der Spitze ein ehemaliger österreichischer Offizier, der an Stelle des so heißgeliebten, ihm jetzt leider entglittenen Säbels einen mächtigen Stod trug, hinter ihm die gelben Beamten von Cleonorenbain und die binnen kurzer Zeit auf dem Umwege über den Kommunismus zu Sakentkrenzler gewordenen Krebsgänger von Cleonorenbain. Der Zug erreichte ohne Unfall sein Ziel, nämlich die städtische Bierhalle, allwo es keinen Feind, sondern nur lächelndes Bier zu vertilgen gibt. Wären die Strafen infolge des schlechten Wetters nicht so menschenleer gewesen, so wäre vielleicht ein kleiner Aufruhr erfolgt, aus dem Grunde, weil sonst dergleichen spähhafte Aufmärsche nur zur Faschingszeit zu erfolgen pflegen. Die anständigen Arbeiter versuchten es, sich in die Gesellschaft dieser Leute zu begeben, die toben und fast rasend werden, wenn der Vorfall in der Versammlung den Segnern zufällt, die Versammlung dann auflösen lassen und hintennach die Staatsgewalt der Republik, die sie nächstens wie ein Kartenhaus über den Häufen werfen werden, gegen die „roten Terroristen“ wegen „Unterdrückung“ zu Hilfe rufen. Die Arbeiter überließen ihnen gerne als Zuhörer die wenigen Gewerbetreibenden, die sich eingefunden hatten, sowie die aus der Umgebung zusammengetrommelten Marodeure der Arbeiterbewegung.

Auffiger Versammlung über den Hamburger Kongreß. In Auffig fand Dienstag abend eine Versammlung statt, in der Genosse Felix Sturtajan über den internationalen Jugendkongreß und Genosse Blika über den Sozialistenkongreß in Hamburg berichteten. Die Versammlung war sehr stark besucht und zwar auch von Birgerlichen und Kommunisten. Genosse Blika verhehlte nicht, daß unsere Partei nicht gerade mit freudigen Gefühlen nach Hamburg gegangen sei und knüpfte an die Beschlüsse des Kongresses eine entsprechende Kritik, trotzdem kam er zu dem Ergebnis, daß in der heutigen Zeit die Einigung des Proletariats notwendig sei. Eine Debatte wurde nicht durchgeführt. Am Anfang kam es zu einem Störungsvorfall durch die Kommunisten, worauf man die Ruhestörer aus dem Saale entfernte.

Zusammenstoß eines Autos mit einer Lokomotive. Aus Locarno wird gemeldet: Bei einem Bahnübergang stieß ein Militärlastautomobil mit einer Lokomotive zusammen, welche infolgedessen aus dem Geleise geschleudert wurde und in den Fluß fürzte. Der Zugsführer und drei Eisenbahner wurden getötet.

An der Schwelle des Sommers. Obwohl mit dem 1. Juni im meteorologischen Sinne der Sommer beginnt, hat der größte Teil Mitteleuropas jetzt noch recht kühles Wetter und in weiten Teilen des Landes waren zumal im Mai wirklich warme Tage seltene Ausnahmen. Nur in Süddeutschland ist es in der ersten Maiwoche etwas länger warm gewesen; in ganz Norddeutschland blieb die um den 5. Mai eingetretene starke Erhöhung auf zwei Tage beschränkt, und seitder haben die Temperaturen fast nirgends auch nur die normalen Werte wieder erreicht. Erst seit dem Ende der vorigen Woche ist es (auch bei uns) wieder warm geworden, und zwar durch die Drehung der Winde nach Süden und Osten, die durch die Annäherung einer Mittelmeerdepression verursacht wurde, zu deren beiden Seiten sehr scharfe Temperaturgegenfälle bestanden. Denn auf der Rückseite dieses mit zahlreichen Gewittern und Regenfällen von den Ostalpen durch Ostdeutschland und Polen bis zur Ostküste gewanderten Minimums wehten nach wie vor kühle Nordwestwinde, die sich nach dem Vorbeigang des Tiefgebets auch sofort wieder auf Ostdeutschland ausgebreitet haben. Infolgedessen erhob sich Montag in Königsberg und Memel das Quecksilber mittags nur bis auf neun Grad, nachdem Sonntag dort 25, in Danzig 21 Grad Wärme erreicht worden waren. Da jetzt jedoch von Westen her das atlantische Maximum nach dem Festland vordringt, so dürften die nächsten Tage allgemeine Aufheiterung und wärmeres, sommerliches Wetter bringen.

Verkehrsreise München-Oberbayern. Für die vom Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Auffig, zu veranstaltende Verkehrsreise nach München und Oberbayern, welche am 30. Juni von Bodenbach aus unternommen wird und am 8. Juli dortselbst endet, werden noch einige Reiseteilnehmer mit eigenen Pässen aufgenommen. Wissen und Einreisebewilligung besorgt der Verein. Teilnahmepreis 500 K., Anmeldungen und Auskünfte bei den Genossen Theodor Dietl, Auffig, Lange Gasse Nr. 42, und Jakob Hummer, Auffig, Humboldtstraße Nr. 31.

Tod durch Ertrinken. Gegenüber dem Bomologischen Institut in Troja badeten gestern in der Moldau einige Jünger dieses Institutes. Einer von ihnen, der 19jährige Slowene Milan Stiebel, geriet in die Strömung, in der er ertrank. Sein Leichnam wurde noch nicht gefunden.

Das Ohr abgebeissen. Die Geschäftstreibenden Johann Petrovic und Josef Kocel, beide aus Karolinenthal, überfielen vorgestern um halb 12 Uhr in der Nacht in der Stupakgasse auf der Prager Altstadt den Fleischhauer Josef Palivec aus Kostitz, warzen ihn auf die Erde, schlugen und traten ihn. Als der Ueberfallene sich erheben wollte, stürzte sich Petrovic auf ihn und biß ihm das rechte Ohr ab. Die beiden Attentäter wurden verhaftet, der Ueberfallene auf die Rettungstation gebracht und, nachdem er verbunden worden war, der häuslichen Pflege übergeben. Bei Petrovic wurde ein scharf geladener Revolver gefunden, welcher ihm abgenommen wurde, weil er nicht die Erlaubnis zum Tragen einer Waffe besitzt.

Die rechtschaffenen Richter.

Von Anatole France.

Ich habe einmal ein paar rechtschaffene Richter gesehen, sagte Johann Marteau, das war auf einem Bild. Eines Sonntags sah ich im Museum auf einem Bilde von Mabeuse zwei rechtschaffene Richter. Sie gehören zu einer verlorengegangenen Art. Ich will damit sagen, es waren fahrende Richter, die im Jucheltrab auf ihren Pferden von Ort zu Ort zogen. Gendarmen, mit Lanzen und Partisanen bewaffnet, geben ihnen zu Fuß das Geleite. Der alte Meister hat es verstanden, ihnen ein würdiges, ruhiges und sanftes Aussehen zu verleihen, und ihre Pferde sind still und faul wie sie. Und doch haben die beiden Richter weder denselben Charakter noch die gleiche Auffassung ihres Amtes. Der eine hält in der Hand ein Papier und zeigt mit dem Finger auf den Text. Der andere führt die linke Hand auf den Sattelknopf, während er die rechte mehr wohlwollend als gebieterisch emporklebt. Es scheint, als hätte er zwischen Taumen und Zeigefinger ein unmerklich feines Pulver. Diese Gebärde seiner sorgsamten Hand deutet auf vorsichtig erwägendes, scharfsinniges Denken. Beides sind rechtschaffene Richter aber der eine blickt am Buchstaben, während der andere mit dem Geiste richtet. Auf die Barriere gestützt, die sie vom Publikum trennt, hörte ich ihnen zu.

Der erste Richter sagt:
„Ich halte mich an das, was geschrieben steht. Das erste Gesetz wurde auf Stein geschrieben, zum Zeichen, daß es bis an das Ende der Welt dauern würde.“

Der andere Richter antwortet darauf:
„Jedes geschriebene Gesetz wurde schon ungültig, denn die Hand des Schreibers ist langsam, aber der Geist der Menschen ist flink und ihr Schicksal ist bewegt.“

Und die beiden guten Alten fahren in ihrer Unterhaltung fort:

Erster Richter: Das Gesetz ist unveränderlich.
Zweiter Richter: In keiner Zeit noch stand das Gesetz fest.

Erster Richter: Da es von Gott herrührt, ist es unwandelbar.

Zweiter Richter: Es ist ein natürliches Ereignis des sozialen Lebens und hängt von den bewegenden Umständen dieses Lebens ab.

Erster Richter: Es ist der unveränderliche Wille Gottes.

Zweiter Richter: Es ist der ewig veränderliche Wille des Menschen.

Erster Richter: Er war da, bevor die Menschen waren, und steht über ihnen.

Zweiter Richter: Es stammt von den Menschen und ist unvollkommen wie sie.

Erster Richter: Die neuen Gesetze entstehen aus den alten. Es sind junge Zweige am alten Stamm, die der gleiche Saft nährt.

Zweiter Richter: Aus dem alten Stamm des Gesetzes quillt ein bitterer Saft. Unaufhörlich legt man die Art daran.

Erster Richter: Wir sind Richter aber keine Gesetzgeber oder Philosophen.

Zweiter Richter: Wir sind Menschen.

Erster Richter: Ein Mensch könnte die Menschen nicht richten. Wenn ein Richter sein Amt ausübt, so gibt er seine Menschlichkeit auf. Er wird göttlich und fühlt weder Freude noch Schmerz.

Zweiter Richter: Eine Gerechtigkeit, die nicht von Mitleid geleitet wird, ist grausam.

Erster Richter: Eine Gerechtigkeit ist vollkommen, wenn sie nach dem Buchstaben handelt.

Zweiter Richter: Sie ist abgeschwächt, wenn sie nicht vom Geiste befeuert wird.

Erster Richter: Das Prinzip des Gesetzes ist ein göttliches, und die Folgen, die es nach sich zieht, seien sie noch so gering, sind göttlich. Aber wenn das Gesetz nicht ganz von Gott, sondern ganz von den Menschen stammt, so muß es buchstäblich angewendet werden. Denn der Buchstabe bleibt, der Geist aber ist flatterhaft.

Zweiter Richter: Das Gesetz stammt lediglich von den Menschen; es entsand in seiner Dummheit und Grausamkeit zu Beginn der menschlichen Vernunft. Aber wäre es auch göttlichen Ursprungs, so müßte man doch dem Gott und nicht dem Buchstaben folgen, denn der Buchstabe ist tot, der Geist aber lebt.

(Aus der Novellenammlung „Der fliegende Händler“, Verlag A. Wolff, München.)

Verfuche nicht, den Krieg oder die Existenzberechtigung eines Kriegerstandes mit Vernunftgründen zu verteidigen oder zu bekämpfen; jedes Vorbringen von Vernunftgründen für oder gegen eine offensichtlich schlechte Sache vermag nur Verstand und Herz zu verwirren.

Die Aufsehung gegen eine Ueberlieferung richtet nicht den tausendsten Teil des Schadens an, den die Achtung vor Gewohnheiten, Gebräuchen und Einrichtungen anrichtet, die für unsere Welt keinen vernünftigen Sinn mehr haben. Leo Tolstoi.

kleine Chronik.

Allegories. Wie aus Villacoublay (südlich von Paris) gemeldet wird, ist der Fliegerkapitän Deulin bei dem unglücklichen Sturz eines Flugzeuges ums Leben gekommen.

Eine Umgestaltung der chinesischen Schrift. An Stelle der alten, kläffischen, dem Volke unverständlichen Buchersprache hat ein junger Gelehrter, Dr.

Fu, das Mandarin, die hochchinesische Umgangssprache, in das Schrifttum eingeführt. Trotz anfänglicher starker Widerstände gibt es jetzt nach 5 1/2 Jahren bereits mehr als 150 Zeitungen und Zeitschriften in der gesprochenen Sprache, die alle Aussicht hat, Unterrichtssprache in den Staatsschulen zu werden. Außerdem will man die altchinesische Wortschrift, die aus der Bilderschrift stammt und neben 35.000 veralteten Zeichen 4000 bis 5000 gebräuchliche umfaßt, durch eine nur 39 Zeichen zählende Lautschrift entsprechend unserem Schriftsystem ersetzen. Diese leicht erlernbare neue Schrift ist seit 1920 in den Staatsschulen eingeführt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine wichtige Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes in Brünn.

Im Falle der Vorladung eines Arbeiters vor die Unfallversicherungsanstalt ist der Unternehmer nach § 1154 b verpflichtet, die Entschädigung zu leisten.

Bisher war es immer unklar, ob jene Arbeiter, welche von der Unfallversicherung zur Unternehmung vorgeladen wurden, den Anspruch auf Entschädigung für den erlittenen Verdienstentgang an die Unfallversicherungsanstalt oder — gemäß § 1154 b a. b. G. B. — an den Unternehmer zu stellen haben. Diese Unklarheit ist nun beseitigt durch eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes in Brünn (Rv. 1.020-22-1), worin ausgesprochen wird, daß die Unternehmer verpflichtet sind, auf Grund der Bestimmungen des § 1154 b in solchen Fällen den Arbeitern die Entschädigung zu leisten.

Nachstehend kurz der Tatbestand, der zur Herbeiführung des Urteiles des Obersten Verwaltungsgerichtes führte:

Im Brüxer Kreisgerichtsbezirk war ein Arbeiter von der Unfallversicherung zwecks Unternehmung vorgeladen worden. Für den ihm daraus erwachsenden Verdienstentgang stellte er unter Berufung auf den § 1154 b a. b. G. B. an seinen Arbeitgeber den Anspruch auf Entschädigung. Der Arbeitgeber lehnte die Leistung der Entschädigung ab, worauf der Arbeiter klagte. Das angerufene Gericht verurteilte den Arbeitgeber zur Leistung der Entschädigung. Gegen dieses Urteil legte der Arbeitgeber beim Kreisgericht Brüx Berufung ein. Das genannte Kreisgericht gab der Berufung statt, weil es auf dem Standpunkte stand, daß nach § 30 U. V. G. die Unfallversicherungsanstalt auch verpflichtet sei, dem Arbeiter für den Schaden, der ihm aus der Vorladung zur Unternehmung erwachsen sei, Entschädigung zu leisten. Auf Grund der gegen dieses Urteil beim Obersten Verwaltungsgericht in Brünn erhobenen Beschwerde hat dieses Gericht das Urteil des Kreisgerichtes Brüx umgestoßen und das erstinstanzliche Urteil, wonach der Unternehmer nach den Bestimmungen des § 1154 b zur Leistung der Entschädigung verpflichtet ist, wiederhergestellt.

In der ausführlichen Begründung dieser Entscheidung wird gesagt, daß die Vorladung des Arbeiters vor die Unfallversicherung als ein wichtiger, die Person des Klägers betreffender Grund zur Verhinderung seiner Arbeitsverrichtung ist. Nach den Bestimmungen des § 1154 b sind also die Voraussetzungen für den Anspruch des Arbeiters an den Unternehmer gegeben. Wenn letzterer der Meinung ist, daß die Arbeiterunfallversicherung die Ersatzpflicht trifft, so könne er den Rechtsanspruch unter Nachweisung der für die Unfallversicherungsanstalt bestehenden Ersatzverpflichtung gemäß § 1042 a. b. G. B. an die Unfallversicherungsanstalt geltend machen, worüber im Streitfall eine Gerichtsentscheidung herbeigeführt werden könne. In der Begründung der Oberinstanzlichen Entscheidung wird weiter sinngemäß ausgeführt, daß dem Arbeiter nicht abverlangt werden könne, daß er zunächst auf administrativem Wege seinen Anspruch gegen die Unfallversicherung geltend mache, falls er mit diesem Anspruch abgewiesen werden würde, erst die Klage gegen den Unternehmer anstrengt, weil dieses Verfahren langwierig, im ersteren Falle unsicher, daher für den Arbeiter schwierig sei. Das Oberste Verwaltungsgericht faßt hierüber in den Entscheidungsgründen wörtlich ganz zutreffend:

„Der sozialpolitische Zweck des § 1154 a. b. G. besteht in der Förderung und dem Schutz des Dienstnehmers als des wirtschaftlich Schwächeren, dem es ermöglichst werden soll, sein Recht so rasch als möglich und auf möglichst einfache Art zu finden. Daher muß diese Bestimmung im Zweifel eher zugunsten des Dienstnehmers ausgelegt werden und es kann nicht verlangt werden, daß er sich in ein hinsichtlich des Enderfolges unsicheres und nicht selten langwieriges Verfahren einlasse, wenn er im gerichtlichen Verfahren ohne Schwierigkeit Befriedigung seines Anspruches erlangen kann.“

Die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes spricht also klar und unzweifelhaft dem Arbeitnehmer das Recht zu, daß er im Falle einer Vorladung zur Unfallversicherung den Anspruch auf Entschädigung für den Verdienstentgang — gestützt auf den § 1154 b — an den Unternehmer stellen kann und letzterer verpflichtet ist, diese Entschädigung zu leisten.

Wir bringen diese Entscheidung den Arbeitern zur Kenntnis, damit sie für die Zukunft wissen, wie sie sich in solchen Fällen in der Entscheidungsfrage zu verhalten haben, ohne Gefahr zu laufen, durch möglicherweise langwierige Prozedurverfahren erst ihr Recht erstreiten zu müssen.

Die Krise in der Metallindustrie. Der Internationale Metallarbeiterverband erhebt allmonatlich die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern. Im Monate April wurden 98 Prozent der Mitglieder erfasst, so daß die Statistik des Verbandes ein ziemlich getreues Bild der Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie bietet. Zu Anfang des Monats April gab es 15.930 Arbeitslose und Kurzarbeiter oder 61,7 Prozent; der durch die Erhebungen erfassten Mitglieder. Ende des Monats April zählte man 15.266 Arbeitslose und Kurzarbeiter oder 60,8 Prozent der erfassten Mitglieder. Es ist also im Monate April eine kleine Besserung festzustellen. Günstiger erscheint das Resultat, wenn man es mit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Dezember 1922 vergleicht, da diese 80,9 Prozent betrug. Aber auch wenn man dies in Betracht zieht, so kann man gleichwohl nur sagen, daß die Entwicklung zum Besseren sehr langsam vor sich geht.

Der Abbau der Staatsangestellten in Oesterreich. Zwischen dem 12. und 19. Mai 1923 wurden weitere 500 österreichische Staatsbeamten entlassen. Die Gesamtzahl der Entlassenen seit dem 1. Oktober 1922 beträgt 36.255.

Passive Resistenz der Metallarbeiter in Graz. Dienstag traten die Metallarbeiter von Graz und Umgebung in den stillen Widerstand. Die Vertrauensmänner hatten bei der Industriellen Bezirkskommission Beratungen über die Behebung der Lohnfreiheiten, die zwischen dem Bund der Industriellen und dem Metallarbeiterverband bestehen. Die Beratungen hatten kein Ergebnis.

Vor großen Aussperrungen in Norwegen. Aus Anlaß des norwegischen Streikereises, der schon längere Zeit andauert, hat die dortige Arbeitgebervereinigung beschlossen, nach 14 Tagen die Aussperrung über das graphische Gewerbe, die Maschinenwerkstätten, das Schneidergewerbe, die Schuhindustrie und die Möbelfabrikation zu verhängen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	16.56.25
Berlin	Mark	1800.00
Wien	östr. Kr.	2122.00

Züricher Schlusskurse am 31. Mai.

	Gold	Ware
Paris	26.55'00	26.65'00
London	25.61'00	25.63'00
Berlin	0.00.80'00	0.00.85'00
Wien	26.30'00	26.37'50
Holland	216.60	217'50
Wien	0.00.78'50	0.00.78'37
Budapest	0.10.12	0'10'12
Prag	16.54'00	16.57'00
New York	5.54'12	5.54'37
Belgrad	6.05'00	6.20'00
Bratislava	0.00.95'00	0.01.05'00
Wien alt.	0.00'00	0.00'00

Herausgeber: Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Alle Bücher

liefert rasch und billig die
Buchhandlung Freiheit
Tepitz-Schönan,
Theresienstraße Nr. 18.
Großes Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen.
Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos.

Sozialistische
Theater-Stücke
und
Vortragbücher
für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht.
Buchhandlung Freiheit,
Tepitz-Schönan,
Theresienstraße 18.

Dänische Butter

wird in Dänemark am wenigsten gefressen, da dort dieselbe ausgeführt wird. An Stelle von Butter wird dort sehr viel Margarine verbraucht. Die neueste Statistik spricht von einem Jahresverbrauch von 19 kg pro Kopf. In der Tschechoslowakei dagegen ist der Verbrauch an Margarine nur 1 kg pro Kopf, obwohl es hier die ausgezeichnete

VITELLO

DELIKATESSE-MARGARINE gibt, ein Zeichen, daß hier noch ein großes unbegründetes Vorurteil gegen Margarine herrscht.

Bio-Programm

vom 1. Juni bis 7. Juni.

Lido „Das Hotel zu den drei Wachteln.“
Ausgezeichnetes Lustspiel in 5 Akten
und **Hoot Gibson** in dem Sakti-
gem Drama **„Ertappt“**

Fabrik mediz. Verbandstoffe
Ludwig Fischer
Tepitz-Schönan 1086
Inh. J. Schlosser
empfehlend sich den p. t. Krankenkassen, Zentralbruderkassen u. dgl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflege-Artikel aller Art zu konkurrenzlosen Preisen.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

Wo herfahren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Nezanka.
Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus**
Prag, Smetchy 22 (Urania). 1060
Gastwirtschaft **„Lidový dům“**
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. **PRAG II.**, Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinbozge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.
Teplitz-Schönan.
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.